

Hagen Aktiv will erste Vorkehrungen zum Abbau der Überschuldung schon heute



Freitag und Samstag trafen sich die Mitglieder von Hagen Aktiv zu ihren jährlichen Offenen Fraktionstagen im ARCADEON, um das Jahr 2017 aus kommunalpolitischer Sicht zu bewerten und um einen Blick in das Jahr 2018 werfen. Oberbürgermeister Erik O. Schulz, Kämmerer Christoph Gerbersmann, die Beigeordnete für Bildung und Soziales, Margarita Kaufmann, die Chefin des Jobcenters, Andrea Gebhardt, und der Amtsleiter der Feuerwehr Hagen, Veit Lenke, kamen dazu, um mit Impulsreferaten Einblicke in die anstehenden kommunalpolitischen Problemfelder zu geben. „Wir haben in entspannter und offener Gesprächsatmosphäre auch dieses Mal konstruktiv diskutiert“, zog Hagen Aktiv-Chef, Dr. Josef Bücker, nach zwei Tagen politischer Auseinandersetzung mit der Stadtspitze zufrieden ein erstes Resümee. „Insbesondere können wir, wie in den Vorjahren auch, Ende 2017 wieder Handlungsfelder für das kommende Jahr definieren.“

Den Start am Freitag machte der Kämmerer. Er brachte den Aktiven zunächst die Zahlengrundlage für den kommenden Doppelhaushalt anhand des Quartalsberichts zur Jahresmitte 2017 näher. Dieser wie die dann folgenden Haushalte unterlägen der Schwierigkeit, dass die Stärkungspaktmittel aus Düsseldorf nun sukzessive verringert werden würden, so Gerbersmann: von acht Millionen € 2017 bis 23 Millionen € 2019. Das müsse durch Einschnitte in den Hagener Haushalt aufgefangen werden. Zusätzliche Probleme ergäben sich u. a. aus Mindereinnahmen bei der Geschwindigkeitsüberwachung auf der A45, aus den Steigerungen bei den Unterkunftskosten im SGB II-Bereich und der Tatsache, dass das Land die vom Bund gezahlte Integrationspauschale für Flüchtlinge nicht an die Kommunen weiterleite. Weder für zusätzliche Investitionen noch für zusätzliches Personal stünde Geld zur Verfügung, appellierte der Verwalter der Hagener Stadtfinanzen an die Hagen Aktiven, diesbezügliche Forderungen ruhen zu lassen. In der anschließenden Diskussion stand bei Hagen Aktiv, über die Rückführung der Neuverschuldung hinaus, der ab 2021 zu leistende Schuldenabbau im Mittelpunkt und hier insbesondere der bilanziellen Überschuldung von derzeit etwas mehr als 100 Millionen EURO. Diese müsse dann innerhalb von 10 Jahren - also bis 2031 - abgebaut werden, sagte Gerbersmann auf Rückfrage. „Nachdem wir mit letzter Kraft und der Unterstützung aus Düsseldorf die Neuverschuldung auf Null gefahren haben, ist das ein weiterer Kraftakt, den wir nicht aus dem Stand bewältigen werden“, konstatierte Hagen Aktiv-Chef, Dr. Josef Bücker. Es müsse bereits jetzt eine Strategie entwickelt, zumindest aber müssten erste Vorkehrungen getroffen werden, wie der Fehlbetrag dann zurückgeführt werden kann. Auf keinen Fall dürfe durch eine niedrigere Neubewertung des Anlagevermögens die bilanzielle Überschuldung noch in die Höhe getrieben werden, wirft Bücker da einen besorgten Blick in die Zukunft.

Im zweiten Themenblock stellte der Oberbürgermeister die Entwicklung der Personalzahlen in der städtischen Verwaltung vor. Im Jahr 2017 seien 70 Stellen extern besetzt worden, über 20 davon im Jobcenter. Außerdem bilde man wieder aus, derzeit habe man 14 Auszubildende mehr als 2014. Dem vorausgegangen sei allerdings auch der Abbau von etwa 450 Stellen. In der nachfolgenden Diskussion kristallisierte sich heraus, dass der Stellenabbau ohne Veränderung im Aufgabenzuschnitt erfolgt ist. Dies wiederum führte natürlich zu Arbeitsverdichtung. „Punktueller Personal-Einstellungen in besonders belasteten Abteilungen lösen aber nicht das Problem“, fasste Dr. Josef Bücker das Diskussionsergebnis zusammen. Ein Lösungsansatz könne die Optimierung der Verwaltungsprozesse im Wege der Einführung elektronischer Bürgerdienste sein, ein Vorschlag, den Hagen Aktiv bis dato schon wiederholt vorgebracht habe. Das müsse jetzt Chefsache sein.

Hagen Aktiv fordert deshalb die Einrichtung einer Stabsstelle, die sich mit Nachdruck ausschließlich der bereichsübergreifenden Erarbeitung eines Digitalisierungskonzeptes für die gesamte Verwaltung beschäftigt.

Die Dezernentin für Bildung und Soziales und die Leiterin des Job Centers Hagen übernahmen den Staffeltab vom OB dann gemeinsam nach der Mittagspause am Freitag. Im Mittelpunkt ihrer fast zweistündigen Ausführungen stand die EU-Zuwanderung. Von Dezember 2014 bis Anfang 2017 habe sich die Zahl dieser Zuwanderer mehr als verfünffacht. Entsprechend hat sich die Zahl der Personen in den Bedarfsgemeinschaften erhöht. Viele der Zuwanderer seien minder qualifiziert, viele hätten keinen Schulabschluss und müssten zunächst alphabetisiert werden, so Frau Kaufmann. Das wiederum führe zu Schwierigkeiten bei der Qualifizierung zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit, ergänzte Frau Gebhardt. Maßnahmen zur Integration wie Sprachkurse und Weiterbildung lohnten sich erst dann, wenn die Verweildauer länger sei, mindestens drei Jahre. Die Fluktuation sei bei bestimmten Nationalitäten allerdings sehr hoch. Etatbelastungen für das Jobcenter, so Frau Gebhardt, ergäben sich auch daraus, dass EU-Richter den Arbeitnehmer-Status inzwischen bereits dann bejahen würden, wenn ein monatlicher Verdienst von 130 EUR nachgewiesen werde und damit automatisch ein Anspruch auf aufstockende Leistungen entstehe. Hinweisen auf Leistungsmissbrauch werde zwar seit Dezember 2016 gemeinsam mit dem Zoll konsequent nachgegangen, die strafrechtliche Verfolgung scheitere aber oft daran, dass der Zoll in diesem Bereich überlastet sei. „Aus kommunalpolitischer Sicht ist es sehr bedauerlich, dass die Versuche, die Zuwanderung vor Ort zu steuern, durch äußere Einflüsse torpediert werden“, kommentierte der sozialpolitische Hagen Aktiv-Sprecher, Klemens Müller, die Darstellung.

Der Samstag gehörte zur Gänze dem neuen Chef der Hagener Feuerwehr. Veit Lenke stand den Aktiven zu den Themenfeldern Rettungsdienstbedarfsplan, Brandschutzbedarfsplan, Neuorganisation der Feuerwehr in Hagen und Kriterien des Feuerwehr- und des Ersatzbeschaffungswesens Rede und Antwort. Langfristig entstünde ein Personalbedarf von vierundfünfzig zusätzlichen Stellen, sechzehn davon würden von den Hilfsorganisationen gestellt. Ferner sei ab 2018 die Anschaffung mehrerer Rettungsfahrzeuge und Notarzteinsatzwagen im Gesamtwert von über 2 Millionen EUR geplant. Refinanziert würde das über die Rettungsdienstgebühren werden. Am Ende der fast fünfstündigen und ebenso engagierten wie facettenreichen Diskussion zeigten sich die anwesenden Aktiven sehr zufrieden mit dem wohl vollständigen und offenen Einblick, den ihnen der neue Feuerwehrchef in sein Aufgabengebiet gewährte, was sie mit einem anhaltenden Beifall bekundeten.

Weitere Themen, denen sich Hagen Aktiv im kommenden Jahr besonders widmen will, sind die Wiedereinführung des aus Konsolidierungsgründen abgeschafften Beschlussverfolgungssystems, die Entwicklung eines Leitbildes für Hagen aus Sicht von Hagen Aktiv sowie die Wiederauflage der Hagener Monatszahlen mit einer jeweils detaillierten Übersicht zur Entwicklung der Hagener Bevölkerung. „Über die fortlaufende Statistik könnten Problemfelder sowie Entwicklungspotentiale für einzelne Quartiere auch durch den geneigten Bürger, der sich beteiligen möchte, identifiziert werden“, waren sich die Mitglieder der Wählergemeinschaft einig. Schließlich wolle man sich noch einmal dem Thema der „Gutachteritis“ zuwenden. Hier gelte es zunächst herauszufinden, wie hoch der städtische Aufwand für externe Gutachten jährlich sei und inwieweit sich in diesem Bereich Einsparpotenziale ergäben.